

Hopp-Stiftung warnt vor Anzeigen im Internet

## ProJustitia hat Bedenken gegen System des Kriminalamts

Von unserem Redaktionsmitglied Jens Koenen

**Karlsruhe.** Die vom SAP-Mitgründer Dietmar Hopp ins Leben gerufene Stiftung ProJustitia macht massiv Front gegen das so genannte BKMS, eine Internetplattform zur anonymen Anzeige angeblicher Korruptionsvorwürfe. „Der Staat wird in ehrenhafter Absicht, weil er Korruption zu bekämpfen versucht, selber korrupt, weil er unsaubere Mittel und Methoden benutzt“, sagte Heribert Prantl, Autor der „Süddeutschen Zeitung“ und Beirats-Mitglied der Stiftung, gestern in Karlsruhe.

Das Landeskriminalamt Niedersachsen betreibt seit Herbst 2003 das „Business-Keeper-Monitoring-System“, kurz BKMS. Dabei handelt es sich um die Möglichkeit, anonym angebliche Korruptionsfälle anzuzeigen. Das System soll in anderen Bundesländern übernommen werden. Dagegen läuft ProJustitia Sturm und verweist auf eine Auftragsstudie des Instituts für Rechtstatsachenforschung der Universität Bielefeld. Diese kommt nicht nur zu dem Ergebnis, dass das System ineffizient ist; die Autoren melden zudem erhebliche rechtsstaatliche Bedenken an.

„Wir haben nur Fälle von Denunziation gefunden“, klagte Otto Backes, der Leiter des Instituts. Von den 185 untersuchten Verfahren, die auf Grund eines BKMS-Hinweises eingeleitet wurden, habe es nur in einem Fall ein Urteil gegeben. Die meisten Meldungen gingen auf persönliche Motive zurück, die Verfahren würden mangels Beweise eingestellt.

Noch schlimmer in den Augen der Stiftung: Durch das System werde häufig ohne substanziellen Anfangsverdacht die komplette Ermittlungsmaschinerie von der Kontenabfrage über Vernehmungen bis hin zu Durchsuchungen angeschmissen. „Unsere Stiftung will sich nicht gegen die Ermittlungsbehörden oder die Justiz stellen. Aber wir halten es strafrechtlich für höchst bedenklich, wenn Denunziation staatlich gefördert wird und Bürger unschuldig der Willkür der Ermittlungsbehörden ausgeliefert werden“, machte Alexander Keller, Heidelberger Anwalt und Vorstandsvorsitzender von ProJustitia, deutlich.

Das will das LKA Niedersachsen nicht auf sich sitzen lassen. Die Studie belege auch, dass die Beamten in zahlreichen Fällen haltlose Vorwürfe schnell entlarvt hätten, sagte ein Sprecher des LKA. „Wir gehen verantwortungsvoll mit dem System um.“ Zudem habe das Institut 143 Ermittlungsverfahren nicht untersucht und es gäbe Studien, die zu ganz anderen Ergebnissen kämen. „Wir lassen uns das System nicht kaputtreden.“

Dennoch fordert ProJustitia eine Einstellung des BKMS. Zudem gebe es noch ein weiteres Problem: Auch nach einer Verfahrenseinstellung blieben die Daten im länderübergreifenden Verfahrensregister. „Und es ist schwer, da wieder herauszukommen“, sagte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ehemalige Justizministerin und Beirätin von ProJustitia.